

Vossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhoff 3646-3698. Telegramm-Verlag Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld 10 Pf. [Auswert.] Nr 392

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtheft (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Konigsstraße 22-24

Dienstag, 16. August 1932

ABEND-AUSGABE

Die Rolle der Reichsbank

Was zur Arbeitsbeschaffung wirklich gebraucht wird

„Der Reichspräsident brachte vor seiner Abreise nach Neudorf gegenüber dem Reichstanzler, der sich von ihm verabschiedete, zum Ausdruck, daß, nachdem nunmehr Klarheit über die politische Lage geschaffen sei, mit der größten Befriedigung die zur Behebung der Arbeitslosigkeit vorbringlichen Aufgaben gefördert werden müßten.“ Diese Wendung des amtlichen Communiqués über die Abreise Hindenburgs nach Neudorf hat überall häßliche Beachtung gefunden und auch Gerüchte entstehen lassen. Von Millardarden-Projekten für die Hebe feien, von einem sämmeren Konflikt mit Reichsbankpräsident Cauter wird berichtet, und überhaupt soll jetzt das ganze große Arbeitsbeschaffungsprogramm mit einer ganz neuen Art der Finanzierung kommen.

Wir haben gesehen, schon darauf hingewiesen, was an diesen Meinungen richtig ist und was falsch. Wichtig ist lediglich, daß jetzt von den Propagandabilen und Agitatoren, die außerhalb des Kabinetts sitzen, die seit langem bekannten Projekte für die Ausgabe von Reichsschatzscheinen, für eine Markabwertung und ähnliches mit verdrängtem Nachdruck an die Reichsregierung herangetragen werden. Wichtig ist, daß über Arbeitsbeschaffung verhandelt wird. Aber, wie wir schon fasten, handelt es sich dabei nur um eine kleine Arbeitsbeschaffung, gewissermaßen um eine zweite Tranche, die in der Gesamtheit von rund 335 Millionen von der Reichsregierung seit längerem beschlossenen Programms, dessen erste Tranche in Höhe von 135 Millionen bereits begeben ist.

Bei dieser zweiten Tranche von rund 200 Millionen soll es sich dem Vernehmen nach um folgende Arbeiten handeln:

- 50 Millionen für die Seidlung,
- 50 Millionen für den Straßenbau,
- 30 Millionen für den Wohnungsbau,
- 23 Millionen für Oberbauarbeiten der Reichsbahn,
- 18 Millionen für den Rüggenbau und
- 12 Millionen als Abrund-Prämien.

Bei den gegenwärtigen Verhandlungen der Reichsbank, die auch heute fortgesetzt wurden, handelt es sich darum, die Möglichkeiten der Finanzierung zu klären. Ein Betrag von 200 Millionen stellt keine Summe dar, die den Status der Reichsbank irgendwie erfüllt. Darum geht es also nicht. Die Reichsbank bezieht lediglich darauf, daß die herausgegebenen Gelder produktive Verwendung finden, und daß die Qualität der Wechsel, die von den Trägern der Arbeiten auszugeben werden, derart ist, daß die Reichsbank sie ohne Gefährdung resistenzieren kann.

Um diese zwei Bedingungen handelt es sich bei den angelegenen Konflikten zwischen der Reichsregierung und Dr. Cauter.

Wenn die Reichsbank bei den Verhandlungen bisher vielleicht etwas hartnäckiger auf der Erfüllung ihrer Bedingungen bestanden hat, als es das augenblicklich zur Förderung stehende Projekt erfordert, so dürfte das daran liegen, daß die Arbeitsbeschaffung für die Zukunft gewisse Voraussetzungen klären will. Man darf annehmen, daß mit den 335 Millionen, die insgesamt bisher für Zwecke der Arbeitsbeschaffung vorgesehen sind, noch nicht das erreicht sein würde, was manche Kreise der Regierung für ausreichend halten. Für den Fall, daß diese Kreise sich durchsetzen werden, will die Reichsbank grundsätzlich gefahrt wissen, wo die Grenzen für eine Arbeitsbeschaffung sind, die der Höhe der Währung zehrt.

Jakobiner-Logik

Wer weiß, ob nicht eines Tages die Unterredung Hindenburgs mit Hitler dem deutschen Volke ähnlich legendär erscheinen wird, wie vor 750 Jahren die Unterredung Kaiser Friedrich Barbarossas mit dem Weifenberger Heinrich dem Löwen. Diese historische Unterredung, in welcher das Reichsoberhaupt den mächtigen Ballenführer um Hilfe für das Reich anging, bedeutete einen Wendepunkt in der deutschen Geschichte. Es kann kein Zweifel sein, daß diese fünfzigjährige Unterredung, die sich damals bei der Unterredung durchgespielt vermach, obwohl in der Unterredung der Kaiser sich demütigen mußte, und die Legende erzählt, er habe einen Kniefall vor dem Papst getan. Im Zusammenhang in Berlin ging es in dieser Beziehung völlig anders her. Die Reichsgesamt liegt den mächtigen Arbeitern auf den Knien vor der Tür zur Macht liegen, und das Überdahl, mit dem die Eier ununterbrochen vor der Nase zugeschlagen wurde, war sehr vernünftig. Vorher hatte die Untertänigung geradezu furchterliche Strafen genommen, man mußte die Forderungen des Papstfiskus erfüllen (schaden, denn es habe noch keinen Sinn, sich zu wehren. Diese Anfügung war, wie man geradezu sagen muß, genährt worden durch die in ihrer Oberbedeutung nicht zu erschöpfende Begünstigungspolit der Reichspolitik. Nicht nur die Defensivität des Reichstums, auch die Gruppe um den Reichspräsidenten selber hätte konnte glauben, niemand werde ihnen auf den Weg zur Macht nachfolgende Schwierigkeiten zu bereiten imstande sein. Ein Hitlerfremdes englisches Maß berichtet, der „Führer“ und seine Herren seien mit höchsten Köpfen von jener Unterredung mit Hindenburg in der Alten Reichstanzler zurückgenommen. Man kann ihre Aufregung verstehen. Da man hatten sie nicht geendet.

Das Größte der Situation ist, daß die Inhaber der Reichsgesamt ihrerseits mit den ergründeten Machtforderungen Hitlers niemals gerecht hatten und nicht zu rechnen brauchen. Wie so oft im gesellschaftlichen Leben waren auch Faktoren im Irrtum übereinander. Aus jenseitigen Interessen und den daraus erwachenden Mißverständnissen plötzliche Geschichte jenen Kauf zu nehmen, den die Reichsdeuter nachträglich als innuend hinfallen.

In dem vorliegenden Falle scheint es so gewesen zu sein, daß die Idee des Generals von Schleicher, des Mannes, dessen Willkür zentral bei der Entfaltung der Reichsfinanzierung mitwirkte, mit der An-Beitragung des Kabinetts von Papen einen bestimmten Plan verfolgte, in welchem die Nationalsozialisten eine Hauptrolle zu spielen hatten. Friedrich Heineke, Deutschlands großer Historiker der Staatsräuber, hat an dieser Stelle vor einigen Wochen auseinandergesetzt, was wohl Schleichers Dessen — wie er im Sprachgebrauch des 17. Jahrhunderts es nennt — sein möchte. Vielleicht war, nach guter alter Generalität, auch die Eventualität des Mißlingens in den Schleicher'schen Plänen mit eingerechnet. Dann könnte man wohl sagen, daß der Plan zwar mißlungen, aber nicht gescheitert sei. Denn was auch immer über die Einzelheiten des Plans richtig sein mag, eines ist klar: die Einordnung der Nationalsozialisten als tragender Pfeiler eines entsprechend unauflösbaren deutschen Staates ist für diesen Plan eine Hauptrolle. Diese Einordnung ist mißlungen, das ist das unabweidbare Ergebnis des 13. August.

Damit hat das Kabinett von Papen seine in der Vergangenheit eingetübte Entfaltungspolitik und die Einigung des Kabinetts von Papen von Schleicher hatten den Sinn, einen neuen Kurs gegenüber den Nationalsozialisten zu ermöglichen. Die Regierung von Papen machte, wie das jetzt ein Offizium sehr hübsch ausgedrückt hat, „die Szene weit offen“ für die Nationalsozialisten. Die Regierung hat alles, um den Nationalsozialisten günstig zu sein, und versucht alles, was die Nationalsozialisten hätte unangenehm sein können. Die Regierung glaubte, das lassen zu können, denn sie wählte sich ihrer nationalsozialistischen Freunde für. Wenn bisher, in dem so viel geschätzten parlamentarischen System, eine Koalition abgeschlossen oder eine Koalition vereinbart wurde, so wurden sich die Koalitionspartner vereinbaren. Solch Gebewerben wurde nach dem Willen der Nationalsozialisten. Das häufigste Beispiel dafür bietet der einst so unglückselige Handel über die Abstimmung beim Dames-Pan, bei der die Deutschnationalen sich so vorausbedarfen nach „Ja“ und „Nein“ spalteten, daß der Berliner Volksmund alsbald von der „Wamppe“-Fraktion „halb und halb“ sprach. Damals hatte die Deutsche Reichspartei unter Eichenmann den Deutschnationalen zugelegt, daß sie für die Dames-Pan-Abstimmung zu einem neuen Zeitpunkt die Zustimmung der Deutschnationalen in die Reichsregierung durchsetzen würde,

Major Marks wird Leiter der Pressestelle

Dr. von Kaufmann geht in den Auslandsdienst

In der Zeitung der Reichsregierung ist mit fortgesetzter Wirkung ein Wechsel eingetreten. Ministerialdirektor Dr. von Kaufmann, der der Anfang Juni von Papen als Nachfolger Gedlins beauftragt wurde, tritt in den Dienst des Auswärtigen Amtes über. In seine Stelle tritt der Presschef des Reichswirtschaftsministeriums, Major Marks.

Schon als Herr von Kaufmann vom Direktor der Presseabteilung zum Reichspresschef ernannt, ließen Äußerungen von nationalsozialistischer Seite darauf schließen, daß er dort nicht als der gewohnte Kaufmann würde. Es läge deshalb die Vermutung nahe, daß der Wechsel aus politischen Gründen erfolgt, umfö mehr, als der Einfluß des Reichswirtschaftsministeriums auf die Reichspolitik damit aus dem Bereich würde. Die amtliche Erklärung lautet freilich anders. Danach hatte Herr von Kaufmann schon seit langer Zeit den Wunsch, in den Auslandsdienst überzutreten. Bezugs bei der Übernahme seines Amtes hat er Reichstanzler von Papen gebeten, ihn nicht lange auf diesem Posten zu belassen. Er habe lediglich seine Erfahrungen, die er während seiner vierjährigen Tätigkeit als Dirigent gesammelt habe, der Regierung für die Arbeit in der neuen Berufslage zur Verfügung stellen wollen. Nachdem jetzt eine politische Klärung erfolgt sei, könne man seinem Wunsch Rechnung tragen und ihm einen Auslandsposten zuweisen.

In einem Schreiben des Reichstanzlers an von Kaufmann werden diese Gründe ausdrücklich herangezogen. „Da ich mit dem Herrn Reichsminister der Auswärtigen“, so schreibt der Reichstanzler, „der Ansicht bin, daß den Beamten des Auswärtigen Amtes Gelegenheiten gegeben werden müßten, ihre Tätigkeiten auch im Ausland zu verwerten, habe ich mich dazu entschlossen, Ihrem Wunsch zu entsprechen. Auf Ihren neuen Posten, den Sie bald anreten werden, begleiten Sie meine besten

Wünsche, und es ist mit ein Bedürfnis, Ihnen in dieser Stunde für die ausgeübten Dienste, die Sie der Reichsregierung als langjähriger Dirigent der Presseabteilung, wie auch als Chef dieser Abteilung geleistet haben, meinen aufrichtigen Dank auszusprechen. Ich werde mich besonders gern unserer Zusammenarbeit auf der Konferenz in Lausanne erinnern, wo Sie mit mir Ihren Kenntnis des in- und ausländischen Pressewesens eine wertvolle Hilfe gewesen sind.“

Welche Willen Herrn von Kaufmann übertragen wird, ist noch nicht bekannt. Es handelt sich, wie von amtlicher Seite erklärt wird, um einen angesehenen Auslandsposten, der aus technischen Gründen noch nicht genannt werden kann.

Preußens Antwort in Leipzig

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LEIPZIG, 16. AUGUST

Das Klage-Verfahren der drei Länder Preußen, Bayern und Baden wegen der Reichsregierung gegen Preußen vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig nimmt den vom Präsidenten Bumke gewünschten schnellen Fortgang. Die Gegenüberstellung Preußens auf den ersten Schriftsatz des Reichs, der am 8. August eingereicht wurde, liegt jetzt vor. Sie ist vom Staatsgerichtshof dem Reichsinnenministerium zugehellt worden.

Falls die Reichsregierung auf eine Stellungnahme verzichtet sollte, wird die mündliche Verhandlung schon in aller Eile stattfinden.